

Der Deutsche Metallarbeiter

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Erscheint wöchentlich Samstags. Abonnementspreis durch die Post bezogen vierteljährlich 1.50 M. Anzeigenpreis die Geßpalst. Colonne für Arbeitsgesuche 75 Pfg., Geschäfts- und Privatanzeigen 1 M.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Bundes Deutschlands.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Duisburg, Seitenstraße 17. Schluß der Redaktion: Montag Abend 6 Uhr. Zuschriften, Anzeigen, Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Alleinige Inseraten-Annahme „Echo vom Niederrhein“, Duisburg.

Wir brauchen Männer!

Es herrscht kein Zweifel darüber, daß der Tod des ältesten Chronologens für sein Land und das ganze politische Leben ein schwerer Verlust ist. Warum? Weil er ein Mann war, weil unsere sturmbelegte Zeit Männer so dringend nötig hat und weil wir keinen Ueberfluß an wirklichen Männern haben. Mehr denn je verlangen die Fürstenthone nach großen Männern, mehr denn je bedarf das Volk ganzer Männer.

Mann sein, heißt, aufrecht stehen, heißt, nicht kriechen, und schmeicheln, heißt Bewußtsein seines Wertes besitzen. Mann sein, heißt, gerade und ehrlich sein, heißt, nicht drehen und deuteln, nicht trügen und lügen. Fest wie auf Felsen baut man auf das Wort des Mannes.

Mann sein, heißt, nicht vor Schwierigkeiten und Gefahren zurückschrecken, sich nicht schwächlich überwältigen lassen von den Unbilden des Lebens, heißt klaren Blick und unverzagten Mut besitzen.

Mann sein, heißt, nicht viele Worte machen, nicht zaudern und sich allzu lang besinnen, heißt, nicht müde die Hände in den Schoß legen. Mann sein, heißt, kurz und sachlich erwägen und kühn und entschlossen handeln.

Mann sein, heißt, keine Enttäuschung beachten, sondern mit Zähigkeit sich durchringen bis zum Ende.

Seien wir alle Männer; es ist die dringende Forderung unserer Zeit.

Ausperrungen

und Arbeitervereinsmitglieder

In der Lausitz haben die Textilfabrikanten eine allgemeine Ausperrung der Textilarbeiter vorgenommen; mehr als dreißigtausend Arbeiter und Arbeiterinnen liegen auf dem Pflaster. Und warum? Weil etwa 60 Walkereiarbeiter die Arbeit niedergelegt haben. Auf einem anderen Wege konnten sie eine Verbesserung ihrer dürftigen Verhältnisse nicht erzielen. Dieser „Streik“ — nach Unternehmerbegriffen — muß gerochen werden. Dreißigtausend wurden auf die Straße gesetzt; alle liegen draußen: Sozialdemokraten, Hirsch-Dunckersche, Christliche, Unorganisierte und — o Schmerz laß nach, selbst die „Berliner“, die an Wirtschaftsfriedlichkeit keineswegs den Selben nachsehen, blieben nicht verschont. Alles liegt draußen!

Eine solche allgemeine Ausperrung ist nun nicht etwas ganz neues. Nein, alle Berufe und alle Bezirke unseres deutschen Vaterlandes haben sie schon erlebt. Trotzdem gibt es immer noch eine sehr große Menge Arbeiter, die der Organisation fernstehen, also machtlos der Unternehmerrückstöße preisgegeben sind. In der Metallindustrie ist es nicht anders. Viele, viele Berufskollegen und Kolleginnen sind nicht organisiert, ohnmächtig sind sie immer noch gegen die Willkür der Schmeichler, und das, trotzdem wir im Gewerbe schon viele und große Ausperrungen mit durchmachen mußten. Alle Versuche der organisierten Kollegen, die Indifferenten zur Organisation zu bringen, waren erfolglos. So war es auch in der Lausitz und jetzt liegen sie draußen, brotlos, von niemandem haben sie etwas zu erwarten. Darunter befinden sich auch viele Arbeitervereinsmitglieder (Sitz Berlin). Was sie zu erwarten haben und wie es ihnen ergehen wird, sagt man ihnen im Berliner „Arbeiter“ (Nr. 30/1914); da ist zu lesen:

„Was niemand für möglich hielt, ist nun eingetreten: nicht bloß die sozialdemokratisch organisierten Arbeiter, auch die Mitglieder der nichtsozialdemokratischen Verbände sowie die Unorganisierten sind von der Ausperrung in der Lausitzer Tuchfabrikation betroffen worden. Man ist guter Rat teuer... Schreiber dieser Zeilen war jüngst in einer Versammlung in einem von der Ausperrung betroffenen Orte, wo auch über die bevorstehende Ausperrung gesprochen wurde. Es war ein gemeinsame Sitzung der Arbeiter und Arbeiterinnen. Da meldete sich eine verheiratete Frau und meinte: „Ja, was soll denn mit uns werden? Mein Mann wird ausgesperrt und ich auch.“ Auf die Frage des Vereinspräsidenten, ob sie und ihr Mann denn nicht dem Verband angehörten, antwortete sie: „Jawohl, aber wir zahlen halt nur den geringsten Beitrag, und da gibt es nach dem Statut bei Streiks und Ausperrungen keine Unterstützungen.“ Da erklärte der Präses: „Wie oft habe ich an die Notwendigkeit und Pflicht der Organisation erinnert, wie oft habe ich die Gefahren der wirtschaftlichen Kämpfe geschilbert und ermahnt und gebeten, daß es geradezu unverantwortlich sei, die Sache leicht zu nehmen. Wie oft aber wurde mir gesagt: Wir brauchen keine Organisation; gestreikt wird bei uns (von den Berlinern. Red.) nicht, und eine Ausperrung ist unmöglich. Arbeitslos werden wir auch nicht; also wozu das viele Geld (!) bezahlen? Das können wir sparen. Seht, wo die Not im Anzuge ist, kommt die Erkenntnis zu spät. Es ist eben sehr traurig, daß so viele Leute immer erst durch Schaden klug werden.“ Da gab es natürlich lange Gesichter... Gewiß, die armen Leute sind übel daran; aber wer ist denn schuld an ihrer schlimmen Lage? Nur sie selbst. Wie gleichgültig, ja oft verächtlich sind sie zuweilen an denjenigen vorbeigegangen, die ihre gewerkschaftlichen Pflichten erfüllten... Mögen sich nun die Unglücklichen, die heute ausgesperrt sind und keine Unterstützung bekommen, an diejenigen halten, von denen sie sich in die Irre führen ließen!“ So also der Berliner „Arbeiter“ an seine Arbeitervereinsmitglieder. Es ist sehr bescheiden, daß der Berliner „Arbeiter“ so kaltblütig die Verantwortung von sich abjchiebt. Das sind dieselben Leute, die seit Jahr und Tag ihren Mitgliedern hingewiesen vorredeten, daß Streiken einer Sünde gleich zu

achten sei und sich nicht genug tun könnten in der Bekämpfung der sogenannten Streikorganisationen. Und wer will es den armen Leuten übelnehmen, wenn sie den verschiedenen Klassen, die die „Berliner“ errichteten, fernblieben. Sie haben nichts anderes damit getan, als die Berliner Ideen in die Praxis umgekehrt, dafür erhalten sie den gebührenden Dank. Seht im entscheidenden Augenblick werden die armen Teufel sich selber überlassen.

Statt den Unternehmern eine Vorlesung zu halten über die unmoralische Ausperrung — denn, wenn nach Berliner Begriffen der Streik unmoralisch ist, dann ist es die Ausperrung noch viel mehr —, reißt sich der Berliner „Arbeiter“ weiter an den Streikergewerkschaften. Es hat fast den Anschein, als wenn der Berliner „Arbeiter“ glaube, die 60 Walkereiarbeiter hätten aus purem Uebermut die Arbeit niedergelegt. Sollten die Leute warten, bis der Staat herkommt und eine allgemeine Lohnordnung einführt? Dann können sie warten bis zum Nimmerleinstag. Unsere Auffassung vom Wirtschaftsleben und den wirtschaftlichen Kräften ist nicht natv genug, um an die baldige Einführung dieser Dinge zu glauben. Der Berliner „Arbeiter“ benutzte sie auch nur als Ablenkungsmittel um aus dem Dilemma herauszukommen. Für die Arbeiter gilt ebenso gut wie für die übrigen Stände das Gesetz von der Selbsthilfe. Auch für die Arbeiter hat das: „Hilf dir selbst, dann hilft dir Gott“ keine Berechtigung.

Das sollten sich alle Arbeiter merken, für alle trifft es zu, auch für die Mitglieder der katholischen Arbeitervereine, die nicht dem Berliner Verbande angeschlossen sind. Die Mehrzahl der Metallarbeiter in den katholischen Arbeitervereinen ist unorganisiert. Was beginnen sie bei einer Ausperrung?

Der Arbeiterverein kann und wird ihnen nicht helfen. Warum nicht, ist vorstehend zitiert worden, so daß es sich erübrigt, dem noch etwas hinzuzufügen. Bei einer Ausperrung wird nicht danach gefragt, ob sie es aushalten können. Nein, brutal fliegt alles aufs Pflaster. Darum ist es auch unbedeutend und direkt unklug, nach einem aufklärenden gewerkschaftlichen Vortrag im Arbeiterverein zu sagen: „Diejenigen, die es bezahlen können, möchten dem Verbande beitreten.“ Alle Indifferenten in den Vereinen verkrüchen sich hinter diese Worte, die mitunter unbegrifflicher Weise sogar von berufener Seite ausgesprochen werden.

Nein, alle können, sollen und müssen sich organisieren, auch die Arbeitervereinsmitglieder. Alle können und sollen auch den Beitrag aufbringen. Was hundertaufende christlicher Gewerkschaftler Woche um Woche können, müssen auch die übrigen fertig bringen. Und es geht auch, wenn man nur ernstlich will.

Dieses ernste Wollen, an dem es bisher viel gefehlt hat, wird hoffentlich ein gut Stück vorwärts gebracht, veranlaßt durch die heilsamen Lehren, welche die Ausperrung der dreißigtausend armen Lausitzer Weber usw., ergibt.

Wer also von den Arbeitervereinsmitgliedern in der Stunde der Gefahr eine Rückendeckung haben will, wem die Solidarität kein leerer Wahn, und wem das eigene Wohlergehen und die Zukunft seiner Familie am Herzen liegt, der trete ein in die christliche Gewerkschaft.

Epl.

Die Metallindustrie in der süddeutschen Gewerbeaufsicht

Nach die Berichte der süddeutschen Gewerbeaufsicht enthalten eine Menge brauchbares Material und beachtenswerter Anregungen über die Verhältnisse der Metallarbeiter, die wir nachstehend wiedergeben wollen. Wir wollen sie zusammenfassend behandeln, die Berichte der Gewerbeaufsicht für Bayern, Württemberg, Baden und Hessen-Darmstadt. Insgesamt unterstanden der Gewerbeaufsicht im Jahre 1913 in diesen Bundesstaaten 1937 Betriebe, in denen 130223 Arbeiter beschäftigt waren. Metallgewerbliche Unternehmungen, die der Gewerbeaufsicht unterstanden, wurden gezählt in den vier süddeutschen Bundesstaaten 11007 Betriebe mit 359 226 Beschäftigten. Steht man diese Zahl in Vergleich zu der Zahl der organisierten Metallarbeiter, so ist zu sagen, daß das Organisationsverhältnis der Metallarbeiter auch in Süddeutschland keineswegs befriedigend ist; noch nicht die Hälfte ist gewerkschaftlich organisiert. Unseren süddeutschen Kollegen und Kolleginnen steht also auch noch ein sehr weites Gebiet zur Ausbreitung des Verbandes offen.

Von den vorgenannten metallgewerblichen Unternehmungen beschäftigten Personen waren erwachsene Arbeiter 281085, erwachsene Arbeiterinnen 42697, Jugendliche von 14 bis 18 Jahren 34343 und Kinder unter 14 Jahren 1315. Nachfolgend sind staatenweise zusammengestellt Betriebe und Personen.

Bundesstaat	Zahl der Betriebe	Beschäftigte Insgesamt	Arbeiter über 16 Jahre alt	Arbeiterinnen über 16 Jahre alt	Jugendl. von 14 bis 16 Jahren	Kinder unter 14 Jahren
Bayern	5294	148457	114035	21198	12721	509
Württemberg	2778	95965	77066	8056	10223	620
Baden	2227	86086	66079	11999	7937	71
Hessen	768	28718	23905	1444	3462	121
Zusammen	11007	359226	281085	42697	34343	1315

In Süddeutschland gibt es keine Blei- und Zinkhütten, wohl aber einige Anlagen zur Herstellung von Bleifarben und anderen Bleiprodukten. Sieben Betriebe mit 127 Arbeitern liegen in Hessen, 2 Betriebe mit 127 Arbeitern in Württemberg, 2 Werke mit 23 Arbeitern in Baden und 11 Anlagen mit 319 Arbeitern in Bayern. Revidiert wurden mit Ausnahme eines bayerischen Betriebes sämtliche Anlagen. Das ist auch notwendig. Denn in diesem Industriezweig sind Leben und Gesundheit der Arbeiter sehr gefährdet. In diesen gesundheitsgefährdenden Betrieben herrscht eine anormale Fluktuation. In Offenbach beschäftigten zwei Bleiweißfabriken zusammen 48 Arbeiter, die eine 30, die andere 18. Im Laufe des Berichtsjahres waren nach Angabe der Firmen 657 verschiedene Arbeiter in den Betrieben tätig. Bei der Ortskrankenkasse Offenbach wurden 115 Bleierkrankungen mit 3086 Krankheitsstagen gemeldet. Außerdem wurden noch 26 Erkrankungen von Arbeitern dieser Fabriken mit 466 Krankheitsstagen gemeldet, welche auch auf schädliche Einwirkung von Blei zurückzuführen sind. Diese hohen Krankheitszahlen sollen zum großen Teil auf die Unsauberkeit und Unreinlichkeit in den Betrieben veranlaßt sein.

Ein anderer typischer Fall wird aus Mainz berichtet. Dort beschäftigt eine Bleisulfidfabrik 46 Arbeiter. Im Berichtsjahre trafen 208 Neueinstellungen 198 Austritte gegenüber. Die Arbeiter bleiben fesseln länger als einige Wochen. Wäre die Arbeit einigermaßen erträglich, könnte eine solche Fluktuation nicht zu verzeichnen sein. Die ungesunde Arbeitsweise, die oft fehlenden Sicherheitsmaßregeln zwingen den Arbeiter, sich andere Beschäftigung zu suchen. Die Arbeiter müssen aber auch selbst Sorge tragen, meint der Berichterstatter, daß sie nicht durch Leichtfertigkeit oder Gleichgültigkeit sich eine Bleierkrankung zuzögen.

Aus den württembergischen Werken wird ebenfalls eine starke Fluktuation gemeldet. Auf einem Werk, das 44 Arbeiter beschäftigte, entfielen auf einen Arbeiter nur 57,4 Arbeitstage. Die Anzahl der Krankheitsfälle war geringer. In Bayern war die Zahl der Erkrankungen hoch, allein im Gebiet Nürnberg-Erlang waren von 31 gemeldeten Gewerbekrankheiten 23 Bleiwerkstoffungen. Sehr beanstandet wurden die ungenügenden Ventilatoren in Arbeitsräumen, mangelnde Absaugung von Gasen und Dämpfen und die Unreinlichkeit in den Betrieben. Wenn die Arbeiter der Bleifabriken sich vollst. ihrer Pflicht bewußt wären und sich organisierten, würden die Mißstände, die sich in diesen Betrieben zeigen, sehr bald verschwinden.

Walz- und Hammerwerke sind in den süddeutschen Aufsichtsbezirken 11 mit 4780 Beschäftigten vorhanden; sämtliche wurden einer Revision unterzogen. Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen, betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter wurde 1 ermittelt. In einem Betriebe Oberbayerns hatte von 184 Arbeitern jeder neben seiner zwißlftündigen Schicht 19 Ueberstunden zu leisten, davon entfielen auf den Sonntag 5. Verletzungen gegen den § 4 der Bekanntmachung, betreffend den Betrieb der Anlagen der Großeisenindustrie vom Jahre 1908 wurden ebenfalls festgestellt. (Der § 4 sagt bekanntlich, daß vor dem Beginne der regelmäßigen täglichen Arbeitszeit für jeden Arbeiter eine ununterbrochene Ruhezeit von wenigstens acht Stunden liegen muß.) Es erfolgte Verwarnung und Strafandrohung für weitere Zuwiderhandlungsfälle. Ausnahmen auf Grund des § 105 f. R.G.O. wurden sehr viele erteilt; allein in Bayern wurden 29 040 Arbeitsstunden an Sonntagen und Feiertagen bewilligt.

Von den sonstigen Anlagen der Großeisenindustrie, deren Zahl 11 beträgt, und die 1013 Arbeiter beschäftigen, wurden alle revidiert. Die größte Anzahl dieser Betriebe, nämlich 9 mit 704 Arbeitern, liegen in der bayerischen Oberpfalz. Im allgemeinen ging die Ueberarbeit etwas zurück, doch betrug sie noch immer für 42 Arbeiter 60 613 Stunden, von denen 40 906 auf die Sonntage entfielen. Zuwiderhandlung, betreffend die Beschäftigung jugendlicher Arbeiter wurde in einem Falle, bei dem 17 Jugendliche in Frage kamen, festgestellt. Ob dieses Vorgehen eine Strafe nach sich zog, wird nicht gemeldet. Eine für jugendliche Arbeiter ungeeignete Beschäftigung die Bedienung von Dampfheßeln, Aufhängen, Transmissionsen, mußte „wieder in ziemlich vielen Betrieben beanstandet werden“. Ueber die Beanstandung werden die Unternehmer zur Tagesordnung übergehen. Da müssen schon stärkere Mittel angewendet werden. Gerade diese Beschäftigungen, für die die jugendlichen Arbeiter infolge ihrer geringen Erfahrung durchaus ungeeignet sind, ziehen oft schwere Unfälle nach sich. Die Metallverarbeitung, zu der auch die Edel- und Unedelmetallindustrie gehört, ist neben der Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate die bedeutendste. Sie zählt in 5561 Betrieben 134 577 beschäftigte Personen. Von diesen Betrieben wurden einer Revision unterzogen 3797 mit 114 119 Beschäftigten. Es existiert also eine ganze Anzahl Werke, in welche im ganzen Jahre kein Gewerbeinspektor seinen Fuß gesetzt hat.

Das mag u. a. auch ein Grund dafür sein, daß in manchen Betrieben durchaus keine befriedigenden Verhältnisse hinsichtlich der Unfallgefahr bestehen, daß Schutzvorrichtungen fehlen oder ihre Instandhaltung viel zu mangelhaft ist. Aus Württemberg wird berichtet: „Ein Teil der Betriebsunternehmer, insbesondere der mittleren und kleineren, ist immer noch schwer dazu zu bringen, dem Unfallschutz beständig die erforderliche Aufmerksamkeit zu widmen.“ Auf diese schädliche Unterlassung sind manche Unfälle zurückzuführen.

In der Nichteingaltung der Pausen und in der überlangen Arbeitszeit liegt ein weiterer Grund der hohen Unfallziffer. In 161 Fällen wurden Zuwiderhandlungen gegen die Bestimmungen, betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern ermittelt. Nur eine kleine Zahl der Gesetzesverstöße — 33 — zog eine Strafe nach sich. Bei

den übrigen ist nichts vermerkt. Diese Miße wird schwerlich die Unternehmer bewegen, die Bestimmungen über Arbeitszeit und Pausen einzuführen. Im übrigen aber tun unsere Kollegen gut, Verträge gegen diese Bestimmungen bekannt zu geben, damit Abhilfe geschafft werden kann.

Die Industrie der Maschinen, Instrumente und Apparate umfaßt 5403 Betriebe mit 218 636 Beschäftigten, von denen 3836 Anlagen mit 199 026 Arbeitern revidiert wurden. Eine ganze Anzahl Kleinbetriebe sind demnach nicht revidiert worden.

Die Unfallziffern haben im Berichtsjahre wieder eine beachtliche Höhe erreicht. So waren in Hessen in genanntem Industriezweig 485 Unfälle zu verzeichnen, von denen einer tödlich war. Noch krasser liegen die Verhältnisse zum Teil in Württemberg. Dort wurde aus dem dritten Inspektionsbezirk gemeldet, daß von den 702 Unfällen, die der dritte Bezirk zu verzeichnen hatte, 244, also ein Drittel, auf drei Maschinenfabriken entfielen. In Bayern betrug die Zahl der Unfälle 8841, von denen 25 tödlich waren, während 119 Verunglückte schwere Verletzungen davontrugen. Im ganzen wurden 188 Zivilhandlungen gegen die gefeslich geregelten Arbeitszeit und Pausen der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter ermittelt, von denen 27 eine Bestrafung nach sich zogen. Die Zahl der bewilligten Ueberarbeitsstunden war am größten in Bayern. Hier verrichteten 4899 Arbeiterinnen 53 120 Ueberstunden, dann folgen Baden mit 814 Arbeiterinnen und 17 046 bewilligten Ueberstunden und Württemberg mit 796 Arbeiterinnen und 11 423 Ueberstunden. Die Zahl der bewilligten Ueberarbeit in Hessen ist dagegen sehr gering.

Schornsteinanlagen sind 19 mit 316 Beschäftigten vorhanden, von denen 18 Werke mit 310 Arbeitern revidiert wurden. Zivilhandlungen gegen die gefeslichen Bestimmungen wurden keine festgestellt.

Ueber die wirtschaftliche Lage der Arbeiter haben sich die Berichtersteller in längeren Ausführungen geäußert und besonders über die Einkommens- und Wohnungsverhältnisse interessante Mitteilungen gemacht, auf die wir in einem späteren Artikel noch näher eingehen werden.

Nachdenkliche Betrachtungen

Das Verhalten der Sozialdemokraten während der Kämpfe in Breslau und in Menden

In den Linke-Hoffmannwerken (Lokomotiv- und Waggonbauanstalt) sind sehr ernste Differenzen ausgebrochen, die bereits zur Arbeitsniederlegung der Stemmer geführt haben, so berichtet die sozialdemokratische Metallarbeiterzeitung in ihrer Nr. 3 vom 17. Januar 1914. Am 27. Januar standen bereits 400 Mann im Kampf und am 7. Februar nahm das Werk eine allgemeine Absperrung vor.

Und der Grund des Kampfes? Die „Metallarbeiterzeitung“ (Nr. 30, 1914) umschreibt ihn folgendermaßen: „Vom ersten Tage an hatten die Arbeiter ihre Friedensliebe betont. Sie stellten keine Forderungen, sie wollten keine Vorteile. Die über den Rahmen des alten Arbeitsverhältnisses hinausgehen würden: Nur die Akkordkürzungen sollten aufgehoben werden.“

Welchen Umfang die Akkordkürzungen hatten ist ebenfalls aus der sozialdemokratischen „Metallarbeiterzeitung“ ersichtlich. Sie berichtet (Nr. 3, 1914): „Die Linke-Hoffmannwerke verteilen ganz kolossale Dividenden, im vergangenen Geschäftsjahre 16 Prozent. Die Stundenlöhne der Schlosser und Dreher gehen herab bis auf 34 Pfg., und die der Hilfsarbeiter bis auf 31 Pfg. Diese sehr niedrigen Löhne hält die Firma noch zu hoch. In den sehr bescheidenen Akkordpreisen hat sie auch Abzüge von 10 bis 50 Prozent vorgenommen.“ Und in Nr. 15, 1914 des Monats ist zu lesen: „Nun glaube niemand, daß etwa nur an den noch einigermassen gut bezahlten Artikeln abgezogen würde, nein, an allen Arbeiten, selbst dort wo der Stundenlohn bei angelegentlichster Arbeit niemals erreicht worden war.“

Es war sicherlich wünschenswert, daß die Arbeiter mit ihrem Vorgehen gegen diese gewiß ganz horrenden Verschlechterungen Erfolg haben möchten. Unsere Kollegen haben vom ersten bis zum letzten Augenblick ausgeharrt und fest gehalten. Was übrigens die „Metallarbeiterzeitung“ (Nr. 30) zugeben muß. Von den am Schluß noch vorhandenen etwa 3500 Streikenden und Ausgesperrten gehörten etwa 90 Prozent den sozialdemokratischen Gewerkschaften an und von diesen sind 1/2 im sozialdemokratischen Metallarbeiterverband organisiert. Am 14. Juli — also nach halbjährigem Kampfe — ist eine Einigung erfolgt. Was ist nun dabei herausgekommen? Ist insbesondere die „Aufhebung der Akkordkürzungen“ erzielt worden? Wir können das mit dem besten Willen aus den nachfolgenden Einigungsbedingungen nicht herauslesen; diese lauten:

1. Die Direktion erklärt, daß sie nicht die Absicht hat, die mittleren Durchschnittsverdienste der einzelnen Arbeitnehmer-Kategorien, wie sie bisher bestanden haben, zu verringern. Es werden Verringerungen an den im Werk gültigen Akkorden nur vorgenommen, wenn sie durch Vereinfachungen, technische und betriebstechnische Verbesserungen oder Maschinenarbeit begründet sind. Bei Maschinenarbeit wird die Mindestlohnzahl, für die der Akkord gilt, angegeben. Bei Akkordfestsetzungen, bei denen sich bei fleißiger und sachgemäßer Arbeit herausstellen sollte, daß mit der Festsetzung eine Härte verbunden ist, soll auf Antrag der beteiligten Arbeitnehmer eine Nachprüfung und gegebenenfalls eine Erhöhung stattfinden.
2. Die Direktion wird weder eine Antizipation des Koalitionsrechtes noch eine Agitation in den Werksstätten ganz gleich für welche Organisation, zulassen. Eine Besorgung oder Benachteiligung der Arbeiter wegen ihrer Organisationszugehörigkeit wird nach wie vor nicht stattfinden.
3. Die Einstellung erfolgt für Mitglieder der Betriebskrankenkasse ohne ärztliche Untersuchung. Es soll verjährt werden, jeden Arbeitnehmer wieder auf seinen von ihm verlassenen Platz zu bringen, soweit es die Betriebsverhältnisse und die Rücksicht auf die zurzeit im Werk arbeitenden Leute zulassen. Fremde Arbeiter werden bis zum 15. September 1914 nicht eingestellt, ehe nicht die ausgepöbelten, die den betreffenden Platz befehlen können, berücksichtigt worden sind. Die Einstellung derjenigen Arbeitnehmer, die bis zum Tage des Friedensschlusses von den Linke-Hoffmann-Werken einberufen sind, wird demnach nicht berührt. Bei der Wiedereinstellung werden die älteren und verheirateten Arbeitnehmer möglichst zuerst berücksichtigt. Nachvergebenen werden nicht stattfinden.
4. Den wieder eingestellten Arbeitnehmern fallen nach einer Frist von einem Jahre, sofern sie während dieser Zeit zu Störungen im Betriebe keine Veranlassung gegeben haben, auf ihren Antrag für die von den Linke-Hoffmann-Werken zu gewährenden Vergünstigungen die früher im Werk zugehörigen Jahre in Anrechnung gebracht werden. Diese Anrechnung tritt im Falle einer Invalidität infolge eines Betriebsunfalles, sowie bei Todesfällen eines Arbeiters sofort ein. Die im Ver. 9 des Statuts

der Unterstützungskasse angegebene Karenzzeit von 3 Monaten fällt für die Frauen der Wiedereingestellten fort.

5. Die am 22. Mai 1912 für die Vieherei getroffenen Bestimmungen bleiben bestehen. Soweit die Dieselmotorarbeit schlechtere Verdienste gewährt, soll ein Ausgleich durch besser bezahlte Arbeit möglichst herbeigeführt werden. Alle sonstigen Erklärungen, die in den Verhandlungen während der diesjährigen Bewegung abgegeben sind, werden durch vorstehende Vereinbarung erfüllt. Die Zuzüge in den Punkten 2 und 4 werden von seiten der Direktion nur dann aufrechterhalten, sofern die Arbeiterlohnzeit die Punkte 1, 3 und 5 unverändert annimmt. Der Tag an dem die Wiedereinstellung der Arbeitnehmer beginnen kann, und die Art und Weise, wie sie zu erfolgen hat, bleiben besonderen Bestimmungen der Direktion vorbehalten. Die unterzeichnete Kommission nimmt die vorstehenden Bedingungen an und verpflichtet sich, sowohl in der 21. er Kommission als auch in den Berufsversammlungen diese voll zu vertreten und zur Annahme zu empfehlen.

Von einer Zurschaufnahme der Akkordkürzungen — um die es sich doch in diesem Kampfe handelte — ist in den Einigungsbedingungen keine Rede. Das ist im Interesse der Arbeiter sehr bedauerlich. Es ist nun nicht unsere Absicht, irgendwelchen Kommentar an diese Tatsache zu knüpfen, denn die übergroße Mehrheit der am Kampfe beteiligten Arbeiter hat beschlossen, zu diesen Bedingungen die Arbeit wieder aufzunehmen. Eins steht aber fest, die organisierten Arbeiter der Linke-Hoffmann-Werke haben zäh und aufrecht um ihr gutes Recht gekämpft; niemand wird ihnen dafür die Anerkennung versagen. Es muß aber auch gesagt werden, daß ihnen keine Gewerkschaftsrichtung während des Kampfes Schwierigkeiten gemacht hat beim Aufsuchen neuer Arbeitsstellen. Und eine große Anzahl rot Organisierter muß andernwärts in Arbeit getreten sein. Allein vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband müssen über 200 andernwärts Stellung angenommen haben. Für den 9. Februar gab der sozialdemokratische Metallarbeiterverband für sich „207 beteiligte Ausländige an“ (Metallarbeiterzeitung Nr. 8, 1914). Bei der Schlußabstimmung wurden gezählt von diesem Verband 1882 (Metallarbeiterzeitung Nr. 30, 1914).

Wie anders, wie direkt empörend war das Verhalten der Sozialdemokratie während des halbjährigen Kampfes in der Mendener Metallindustrie, den unsere Kollegen auszufechten gezwungen waren. Knapp, aber prägnant fassen wir das Verhalten der Sozialdemokratie in unserer Nr. 13, 1913, zusammen, und es ist möglich, diese Kennzeichnung noch einmal hierherzusetzen. Erst daraus wird ersichtlich, mit welchen Schwierigkeiten unsere Mendener Kollegen zu kämpfen hatten, die für die Breslauer nicht in Frage kamen. Wir schrieben damals:

„War es etwa Solidarität, was die sozialdemokratischen Führer gegen die Mendener Arbeiter verübten? Nein, es war das Gegenteil. Dafür einige Tatsachen. Gleich zu Anfang erklärte einer von ihnen (Hoffmeister), wie ihm am Gericht nachgewiesen wurde, er werde seine Mitglieder anweisen, Streikarbeit zu verrichten. Ihre Flugblätter ließ die rote Junge in Menden von einem Streikbrecher verteilen. Das Organ des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes (Nr. 43, 1912) wünschte den Mendener Arbeitern eine Niederlage. Als sich die Mendener Arbeiter in anderen Orten um Arbeitsstellen bemühten, trompetete die rote Presse dieses im ganzen deutschen Sprachgebiet umher, damit es ja die Arbeitgeberverbände erführen, und daß diese den Ausgesperrten alle Fabrikstore verschließen sollten. Zwei Beamte des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes (Ganz und Eggert) drohten einem Fabrikanten mit Boykott, Volksversammlungen und Presse, wenn er die eingestellten Mendener Arbeiter nicht entlassen würde. . . . Trotzdem der Bezirksbeamte Martin-Düffeldorf vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband eines Tages in unserem Mendener Streiklokal einige ausgesperrte Mitglieder seines Verbandes vorstellte, ist während der ganzen Dauer des Mendener Kampfes keine Sperrnotiz in der Metallarbeiterzeitung erschienen.“

Seber rechtlich denkende Metallarbeiter, besonders aber die kämpfenden Arbeiter der Linke-Hoffmann-Werke, werden im Hinblick auf diese Tatsachen zu würdigen wissen, wie ungeheuer die Mendener Metallarbeiter durch die schäbelle Haltung der Sozialdemokratie zu leiden hatten. Daß dieses nicht vergehen wird, dafür mögen unsere Kollegen allerorts Sorge tragen.

Beim Abschluß des Mendener Kampfes hatte die sozialdemokratische Presse allerdings an den Einigungsbedingungen herumzumäkeln. Die „Metallarbeiterzeitung“ (Nr. 15, 1913) meinte: „Es ist so viel wie nichts erreicht worden.“ Und die übriqe rote Presse war schamlos genug, um zu schreiben, nur durch die sozialdemokratischen Gewerkschaften seien Erfolge zu erringen.

Wenn irgend einmal genau das Gegenteil des roten Geschwafels von Sozialdemokraten selber bewiesen wurde, dann jetzt beim Abschluß des Kampfes auf den Linke-Hoffmann-Werken. Von Erfolgen kann dort doch keine Rede sein, und das, trotzdem 90 Prozent der Beteiligten sozialdemokratischen Verbänden angehörten.

In diese Tatsachezusammenstellung wollen wir, wie schon hervorgehoben, keinen Kommentar anknüpfen, sondern sie nur hervorheben, um zu zeigen, daß die Sozialdemokratie auch mit Wasser kocht, und daß die von den Genossen so geschmähten Christen mehr für die Arbeiter über haben — auch für die sozialdemokratischen — als wie die Sozialdemokraten selber. Beweis: Das Verhalten der Genossen im Mendener Kampf und das Verhalten der Christlichen während des Breslauer Kampfes.

Diese Dinge sollten unsere Kollegen den „frei“ Organisierten immer wieder ins Gedächtnis rufen. Hoffentlich werden dann die Verbannten unter ihnen mit dazu beitragen, daß sich die Sozialdemokratie im Kampfe gegen uns anständigerer Mittel bedient, als das bisher der Fall war.

Durchgeschlagen!

Dieseigenen Ausführungen im grundsätzlichen Teil des Jahresberichtes des Ortsverbandes der christlichen Gewerkschaften, die sich mit der Sozialdemokratie befaßt, haben das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes arg in Harnisch gebracht. Knappheit magt sich die „Metallarbeiterzeitung“ (Nr. 30, 1914), ab, den Eindruck dieser, für die „freien“ Gewerkschaftsbewegung so unangenehmen Feststellungen zu zerstreuen. Doch das ist dem Blatt nicht gelungen. Es wäre vergebliche Mühe, auf die handverwählte widerlegten alten Kodexhüter der „Metallarbeiterzeitung“ einzugehen. Zweckmäßiger ist es, den Teil der grundsätzlichen Erörterungen aus dem Jahresbericht der christlichen Gewerkschaften abzudrucken, die sich mit der Sozialdemokratie

befassen; sie zeigen durchschlagend, in welcher schwacher Position die Genossen sich befinden. Sie lauten:

„Im sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftslager spielen sich im Hinblick auf die in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründeten gewerkschaftlichen Schwierigkeiten der letzten Jahre sehr eigenartige Vorgänge ab. Manche Kreise sehen in den verschiedenartigen Erscheinungen der Erzielung gewerkschaftlicher Erfolge in einzelnen Industrien erneut die Berechtigung der Verelendungstheorie ihrem Wesen nach, ohne dabei anscheinend zu bemerken, welcher Schlag damit den Gewerkschaftsbewegungen überhaupt versetzt wird. In Wirklichkeit ist die gegenwärtige sozialpolitische Reaktionsperiode in Deutschland, auf die sie dabei besonders hinweisen, nicht in letzter Linie auf die

verkehrte Gesamteinstellung der politischen Sozialdemokratie zum Staatsganzen

zurückzuführen. Die ganze bewußte Isolierung der Sozialdemokratie in Fragen staatlicher Lebensnotwendigkeiten ist ja, vom Standpunkt der Arbeiterinteressen aus, ein einziger großer Widerspruch. In anderen Kreisen der Sozialdemokratie scheint diese Erkenntnis allmählich selbst aufzudämmern. Zum Schluß pflegen ja auch die Massen selbst auf den bloß agitatorischen Erfolg und fragen nach dem, was bei der Stellungnahme der Organisationen zu den Lebensfragen der Arbeiterchaft praktisch herauskommt. Und da kommen denn ruhig überlegende Führer zu dem Schluß, daß man bisher einen Weg eingeschlagen hat, der eher vom Ziele als diesem zuzuführt. Kommt es denn so von ungefahr, daß die Arbeiterbewegung nach jahrzehntelanger Arbeit auf einmal in mancher Beziehung wieder sozusagen am Anfang steht und um ihre Grundrechte kämpfen muß? Oder sollte es nicht mit darauf zurückzuführen sein, daß, wie der Beamte Sassenbach von der Generalkommission der freien Gewerkschaften in deren Hauptorgan (Nr. 24) unter dem Eindruck einer Reise nach England schrieb, in Deutschland „ein dreiter Abgrund, fast ohne Ueberbrückung, Bürgertum und Arbeiterchaft von einander trennt?“ Sassenbach selbst sträubt sich zwar gegen diese Schlußfolgerung, muß aber zugeben: „Auf dem Kontinente sind die Arbeiter, soweit sie den freien Gewerkschaften angehören, politisch von den anderen Bevölkerungsklassen geteilt, in England sind sie mit ihnen in derselben politischen Partei!“ Was ist die Wirkung gewesen? „Selbstverständlich gibt es auch in England Scharfmacher, aber diese kleinliche, krämerhafte Abneigung gegen die Arbeiterbewegung findet man denn doch nicht. Nicht nur auf Seiten der Arbeiterchaft, sondern auch auf Seiten des Bürgerturns gibt es mehr Toleranz als bei uns.“

Durch ihre praktische Mitarbeit mit dem Bürgerturn hielt sich die englische Arbeiterchaft jedoch nicht bloß die Scharfmacherei fern, sondern sie erzielte auch jene neueren sozialpolitischen Erfolge, die von einer unverkennbar großzügigen Initiative Zeugnis ablegen. Auch hier geben sozialistische Führer die inneren Zusammenhänge, die wir hundertemale dargelegt, jetzt ohne Umschweife zu. So Robert Schmidt auf dem eben beendeten Münchener sozialistischen Gewerkschaftskongress: „Diese sozialpolitischen Erfolge hat die liberale Vera in England mit Unterstützung der englischen Arbeiterpartei zu erreichen vermocht, deren Taktik meines Erachtens nicht klüger und pflichtensprechender sein konnte. Welch ein Gegensatz zeigt sich doch, was den sozialpolitischen Fortschritt anlangt, gegenüber Deutschland, wo ein Stillstand zu beklagen ist,

obwohl wir hier im Reichstag in solcher Stärke vertreten sind.“

Die gleiche Auffassung wird in der gelegentlich des Münchener Gewerkschaftskongresses herausgegebenen Gewerkschaftsnummer der „Sozialistischen Monatshefte“ in den verschiedensten Variationen unterstrichen. Max Schippel sagt geradezu, die sozialdemokratische Arbeiterchaft bezog ihr bisheriges ablehnendes Verhalten zu den bürgerlichen Parteien „nicht bloß mit unserer vielbesagten Volkskommission, sondern auch mit unserer vielbesagten Volkskommission, sondern auch mit unserer vielbesagten Volkskommission, sondern auch mit unserer vielbesagten Volkskommission. . . . Wir müssen über die Politik der Isolierung hinaus, jetzt, wo das Koalitionsrecht auf dem Spiele steht.“

Das alles sind

Eingeständnisse des Bankrotts,

des elenden Fiaskos der bisherigen Politik, der die sozialistischen Gewerkschaften ihre Unterstützung geliehen haben. „Hat der bisherige Weg nicht weiter geführt, so muß eben ein anderer gesucht werden“, ruft Heime aus. Und man sucht ihn, indem eine planmäßige Zusammenarbeit mit anderen Parteien empfohlen wird. Man sucht ihn ferner durch Annäherung der freien Gewerkschaften an die bürgerliche Sozialreform. Es fehlt nicht viel daran, so betet man an, was man früher verlästert, verhöhnt und verbrannt hat. Die Gewerkschaft für Soziale Reform, deren Unterstützung man früher in der Hauptsache der christlichen Arbeiterbewegung überließ, wird jetzt auf einmal in geradezu auffälliger Weise von den verschiedensten sozialistischen Gewerkschaften umworben und in widerlicher Art angeheimelt. Man muß sich, um das recht zu erfassen, die grenzenlose Verachtung vor Augen halten, mit der nicht nur Karl Marx, sondern nach ihm Kautsky und so viele andere diese Richtung der bürgerlichen Sozialreform heruntergeriffen, wie sie einen Brentano usw. mit schmutzigen Verdächtigungen überladen haben, vor denen die Allseitigen Angriffe völlig verblissen.

Aber in dieser verführten Wendung liegt nicht nur das Eingeständnis des eigenen Bankrotts, sondern auch eine unfassende,

unangenehme Anerkennung der Politik der christlichen Gewerkschaften.

Ja der Stunde der Not gesteht man ein: Nicht die Massen allein tun es, sondern es kommt auch auf die grundsätzliche Wegesrichtung an. Was den christlichen Gewerkschaften bisher als Barmherzigkeit an der Arbeiterklasse mit Schimpf und Verdächtigung zu berekeln gesucht wurde, erscheint jetzt auf einmal als der neue Weg, um der Arbeiterchaft zu praktischen, positiven Erfolgen zu verhelfen! Eine solche, aus der unmittelbaren Erfahrung geborene Anerkennung ist von der allergrößten Bedeutung und geeignet, die Position der christlichen Gewerkschaften für die Zukunft weiter zu festigen. Schon früher wiesen wir darauf hin, daß diese Tatsache sehr viel wichtiger sei als vorübergehende größere agitatorische Erfolge, womit sich die Sozialdemokratie stets brüstet.

Freilich ist zwischen dem Eingeständnis des Irrtums und der Umkehr in der Praxis gerade innerhalb der sozialistischen Arbeiterbewegung ein unendlich weiter Weg. Was ein halbes Jahrhundert lang mit allen Kräften blinden, fanatischen Glaubens und Vertrauens von den Massen erhofft und erfehrt worden ist, davon kann nicht plötzlich der wesentlichste Teil auf dem Scherhaufen verbrannt werden. Denn darum, um eine grundsätzliche Aenderung, nicht bloß um eine taktische Schwänkung handelt es sich in diesen Dingen. Der Sozialismus kann aus seinem Wesen heraus diese Aenderung nicht zugeben oder gar mildern. Das beweist zunächst die Erfahrung in England. Dort will der Sozialismus die Verbindung der Arbeiterpartei mit den übrigen Parteien unter allen Umständen zerreißen und die praktischen Erfolge preisgeben, weil diese die Arbeiter vom Sozialismus abdrängen. Das beweist dann das Echo, welches die neuen Tendenzen im deutschen Sozialismus selbst finden. Zur selben Zeit, wo die Friedensklänge ertönen, beschließt die politisch organisierte Berliner Sozialdemokratie die Sammlung eines Massenstreikfonds. Und die radikale sozialdemokratische Parteipresse begrüßt den Beschluß leidenschaftlich, weil nun endlich Taten die jahrelangen Diskussionen ersetzen würden. Flugs folgt natürlich auch die Rehrseite: Die Scharfmacher führen einen neuen Ansturm auf die preußische Staatsregierung aus, damit sie „alle zur Aufrechterhaltung der Autorität und der Sicherheit des Staates erforderlichen Maßregeln“ treffen. Stellt man alle diese Erscheinungen einander gegenüber, dann hat man ein Bild sowohl von der

Inneren Zerfahrenheit des Sozialismus

als davon, woher die Schwierigkeiten der deutschen Arbeiterbewegung stammen — man hat aber auch den besten Beweis dafür, welche eine verhängnisvolle Illusion es sein würde, auf eine Bekehrung des deutschen Sozialismus in absehbarer Zeit zu bauen.

Davor sollte, neben der Einsicht von der inneren Zerfahrenheit des Sozialismus, auch die Beobachtung bewahren, daß bis in die letzten sozialistischen Gewerkschaftskreise hinein der Mut zur Konsequenz aus der besseren Erkenntnis fehlt. Und nicht allein das: es werden von ihnen selbst dem alten Klassenkampfprinzip doch immer wieder Konzessionen gemacht. Insbesondere dann, wenn es auf den Kampf gegen die christlichen Gewerkschaften ankommt. Das hat sich mit jenen brutaler Deutlichkeit bei den Begleiterscheinungen des Gewerkschaftsstreites im katholischen Lager ergeben. Diesen widerwärtigen Streik suchte die Sozialdemokratie zu benutzen, um zu einem großen Schlage gegen die christlichen Gewerkschaften auszuholen. Eine Anzahl sozialdemokratischer Zeitungen erhoben gegen christliche Gewerkschaftsführer die größten und maßlosten Angriffe. Als sie dieserhalb verklagt wurden und für ihre Behauptungen den Wahrheitsbeweis erbringen sollten, blieb von letzteren nichts übrig als gewaltig konstruierte Rändergeschichten. Die Angreifer waren selbst schon vor dem Prozeß ihrer Sache sehr unsicher und suchten deshalb den Prozeß auf ein ganz anderes Gleise zu schieben, als es in den ursprünglichen Behauptungen begründet war. Sie bemühten sich nunmehr um den Nachweis, daß im Rahmen katholisch-kirchlicher Gesinnung eine entsprechende Gewerkschaftsarbeit garnicht möglich sei. Eine solche könne es nur auf dem Boden des

Sozialdemokratischen Klassenkampfprinzips geben.

Wohl aber dieses Prinzip in den Ländern mit starker und einflussreicher Arbeiterbewegung (Amerika, England und Australien) noch nicht anerkannt ist, suchen die sozialdemokratischen Gewerkschaftler Deutschlands mit großer Ausdauer die diesem Prinzip entgegenstehenden Auffassungen und Einrichtungen international mit Nachdruck zu bekämpfen. In England und den Vereinigten Staaten von Nordamerika gibt es keine christlichen Gewerkschaften. Dort gehören die gläubigen Katholiken und Evangelischen der allgemeinen Trade Unions an, die sich fetter im allgemeinen von sozialistischen Einflüssen frei gehalten haben und sich ihnen zum Teil sogar energisch widersetzen. So oft man in den letzten Jahren in England und Amerika sozialistische Bestrebungen mit der Gewerkschaftstätigkeit zu verquiden suchte, haben die christlichen Arbeiter der betreffenden Länder auf allgemeinen Kongressen sich dem mit Nachdruck widersetzt. Aus diesen Gründen sind denn auch in den letzten Jahren manche strittige Fragen (Schulfragen u.) auf den Kongressen der Trade Unions Englands nicht mehr zur Verhandlung gelangt. Und ebenso haben die christlich gestimmten Arbeiter in Amerika die Bestrebungen der deutschen Sozialdemokratie, die in auffälliger Aufeinanderfolge eine Reihe von Rednern abwechselnd zu Wortgrastouren dorthin delegierte (Ciechnek, Scheidemann, Legien, Frank), aufmerksam verfolgt und die damit verknüpften Pläne offen und entschieden bekämpft. Der Generalkommission der sozialistischen Gewerkschaften Deutschlands ist zugleich das internationale Sekretariat der gewerkschaftlichen Landeszentralen angegliedert. Der Gewerkschaftsstreit in Deutschland war nun der Anlaß, den die sozialistische Gewerkschaftsleitung für geeignet hielt, den Arbeitern in England und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika die Unvereinbarkeit von katholisch-kirchlicher Gesinnung mit einer entsprechenden Gewerkschaftsarbeit darzutun. Der sozialdemokratische Abgeordnete Erdmann wurde eigens mit der Abfassung einer Broschüre beauftragt, die in England und Amerika massenhaft verbreitet wurde. Auch die in Berlin erscheinende internationale Gewerkschaftsrevue beschäftigte sich in ihrem englischen Text sehr reichlich mit den christlichen Gewerkschaften Deutschlands.

Der Kölner Gewerkschaftsprozess sollte den Schlüssel bilden zu all diesen Bemühungen, den angeblich wesensnotwendigen Widerspruch zwischen katholisch-kirchlicher Gesinnung und zielklarer Gewerkschaftsarbeit zu erweisen. Er wurde aber zum Stummwind, der das ganze mühsam zusammengebaute Kartenhaus über den Haufen blies. Die weittragende Bedeutung dieses Prozesses liegt danach auf der Hand. Ebenso aber auch die Wichtigkeit der durch ihn herbeigeführten Klärung."

Man wird zugeben müssen, daß diese Strichzeichnung der Sozialdemokratie sehr unangenehm sein muß. Wenn nun aber die „Metallarbeiterzeitung“ sich bemüht, die rote Umfurgpartei in Schutz zu nehmen und herauszufordern, so bezieht das auf psychologische und sehr materiellen Erwägungen. Sie kann nicht anders, denn „die Gewerkschaften sind die Partei.“ sagt A. Schöckle, der Vorsitzende des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes. „Den roten Münchener Gewerkschaftskongreß aber schloß Schöckle mit Dankesworten an die bürgerlichen Sozialreformer. Andererseits muß die „Metallarbeiterzeitung“ deswegen für die Sozialdemokratie eine Lanze brechen, weil sie sozialdemokratisch und nicht neutral ist. Daher die Schmerzen und der Zorn und das Herunterreißen der christlichen Gewerkschaften.

Das läßt die kalt, die Methode ist zu alt und zu vergriffen, um Eindruck zu erwecken. Das eine aber mag sich das Blatt des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes geigat ha-

lassen, die christlichen Gewerkschaften gehen ihren als richtig erkannten Weg weiter, und zwar im Interesse der Arbeiter; ob dies nun der Sozialdemokratie vakt oder nicht, ist höchst gleichgültig.

Das Ende des Solinger Waffenarbeiterkampfes

Die am 10. und 14. Juli 1914 von den Arbeitgebervereinigungen der Metallindustrie Solingens beschlossene allgemeine Aussperrung hat den Kampf in der Waffenindustrie sehr schnell zum Abschluß gebracht. Für den Kenner des Gesettes, der im Solinger Industriearbeiterverbande herrscht, stand fest, daß, um der Aussperrung aus dem Wege zu geben, sich der Industriearbeiter-Verband den Waffenfabrikanten ergeben würde.

Diese Tatsache erhält ihre Bestätigung vor allem dadurch, daß im Augenblick nach Bekanntwerden des Aussperrungsbeschlusses Entschlüsse erwirkt wurden, nach denen bei einer Aussperrung die Mitglieder des Industriearbeiterverbandes 4 Wochen auf jegliche Unterstützung verzichten sollten. Die Einigungsbedingungen enthalten für die Solinger Arbeiterbewegung bedeutende Verschlechterungen ihrer Position und bedeuten eine Niederlage für den Industrieverband.

Die Führer des Industriearbeiterverbandes haben trotzdem die Stirn, diese Niederlage ihren Mitgliedern als einen großen Sieg darzustellen.

Ein Vergleich der Forderungen des Industriearbeiterverbandes mit den Einigungsbedingungen läßt erkennen, wie die Dinge liegen. Die Forderungen des Industrieverbandes lauteten:

1. Die vor dem Streik bestehenden Preisverzeichnisse müssen wieder anerkannt werden.
2. Die vor dem Streik bestandenen alten Verträge müssen wieder in Kraft gesetzt werden.
3. Die streikenden oder ausgesperrten Kollegen werden wieder eingestellt und zwar an ihre alten Plätze, und dürfen Maßregelungen nicht stattfinden.
4. Die während des Streiks angefehten Arbeiter (Streikbrecher und Arbeitswillige) sind zu entlassen resp. müssen dieselben innerhalb einer noch zu bestimmenden Frist sich ihrer Berufsorganisation angeschlossen haben.
5. Die Fabrikanten zahlen an die Verbände eine Entschädigung, über deren Höhe den Verhandlungsführern freie Hand gelassen wird.

Die Hauptforderung des Industriearbeiterverbandes war die Wiederherstellung der alten Preisverzeichnisse und Verträge. Diese Verträge besaßen im wesentlichen: die Fabrikanten dürfen nur in besonderen Ausnahmefällen Arbeiten außerhalb Solingens vergeben, und es dürfen nur Mitglieder des Industriearbeiterverbandes beschäftigt werden. Die Aufrechterhaltung der Verträge wurde einige Wochen vor Androhung der Aussperrung zur Kardinalforderung geklopft.

Recht breitspurig schrieb „Der Stahlwarenarbeiter“ in Nr. 24 vom 12. Juli 1914:

„Wenn der Kampf in der Waffenbranche zu Ende ist, wird es sein, wie es vorher war. Die Fabrikanten werden sich erneut verpflichtet haben, nur im Notfall Arbeiten anderswärts zu vergeben. Eine andere Lösung ist überhaupt nicht möglich.“

Die Einigungsbedingungen aber besagen etwas ganz anderes; sie lauten:

1. Streik und Sperre werden zu gleicher Zeit aufgehoben.
2. Die bisherigen Preise bleiben in Kraft. Zu einer Aenderung derselben bedarf es einer dreimonatlichen Kündigung, wenn nicht ein früherer Termin vereinbart wird oder neue Arbeitsmethoden eingeführt werden.
3. Der Schwertschmied-Verein bildet mit den einzelnen Fachvereinen der Arbeiter eine aus je fünf Personen bestehende Vergleichskammer, welche die Regelung von Streitpunkten und die den beiderseitigen Vereinen obliegenden Verpflichtungen festzusetzen hat.
4. Die Vergleichskammer errichtet ein Statut, welches nach Muster des zwischen dem Verbands Solinger Fabrikanten-Vereine und den in Solingen vertretenen Fach-Vereinen zu bilden ist.
5. Die Fabrikanten verpflichten sich, ihre Arbeiten nach Möglichkeit im Solinger Industriebezirk machen zu lassen, soweit es sich nicht um Spezialarbeiten handelt, in denen auswärtige Industrien einen wesentlichen Vorrang haben.
6. Die Berufe der Schwertschmied, Schwertschärfer und Waffenschmied verpflichtet sich, nur für hiesige Waffenfabrikanten zu arbeiten. Dagegen sollen von diesen Berufen von der Beschäftigung ausgeschlossen sein: Mitglieder, welche gegen die Beschlüsse und Satzungen der Vergleichskammer sowie gegen die jetzt bestehenden Satzungen der in Frage kommenden Fachvereine verstoßen und aus diesen Gründen aus dem Verein ausgeschlossen werden. Den Ausgeschlossenen steht die Berufung an die Vergleichskammer zu.
7. Diejenigen Arbeitswilligen, welche während des Streiks aus ihren Fachvereinen ausgeschieden sind, haben sich innerhalb vier Wochen wieder in ihre Vereine aufnehmen zu lassen.
8. Maßregelungen dürfen von keiner Seite stattfinden.

Wichtig sind vor allem die Punkte 2, 5 und 6 der Abmachungen. Nach Punkt 2 dürfen die Fabrikanten in Zukunft, wenn neue Arbeitsmethoden eingeführt werden, ohne Kündigung der Preisverzeichnisse sofort an eine Aenderung der bestehenden Preise herantreten. Werden die Preise bei „neuen Arbeitsmethoden“ nicht herauf, sondern herunter gesetzt, so bietet die famose Abmachung des Industriearbeiterverbandes den Fabrikanten die beste Handhabe dazu. Durch diese Bestimmung ist den Fabrikanten ferner das Recht gegeben, die bei den selbständigen hausgewerblichen Arbeitern so verhassten Lohnschleifereien (Bärenskalle) im eigenen Fabriksbetriebe einzurichten.

Um die Niederlage des Industriearbeiterverbandes voll und ganz würdigen zu können, ist es notwendig, hinsichtlich des Organisationsmonopols der alten Verträge mit dem neuen Abmachungen zu vergleichen; sie lauten:

die alten Verträge:	die neue Vereinbarung:
Ferner verpflichten sich die Firmen nur Mitglieder des Waffenpoliererevons zu beschäftigen, sofern der Verein in der Lage ist, den Lieferungsansprüchen der Firmen zu genügen. Sollte Letzteres nicht der Fall sein, so steht es den Fabrikanten frei, außerhalb des Vereins stehende Arbeiter zu beschäftigen.	Die Fabrikanten verpflichten sich ihre Arbeiten möglichst im Solinger Industriegebiet machen zu lassen, soweit es sich nicht um Spezialarbeiten handelt, in denen auswärtige Industrien einen wesentlichen Vorrang haben. Die Berufe der Schwertschmied, Schwertschärfer und Waffenschmied verpflichtet sich nur für hiesige Waffenfabrikanten zu arbeiten.

Die Führer des Industriearbeiterverbandes haben seit jeher jeden, der die Meinung ausdrückte, daß Arbeiten sich nicht nur auf einen Ort konzentrieren ließen, als Verräter an den Interessen der Solinger Arbeiterbewegung bezeichnet. Die Herstellung von Waffen sollte auf Solingen beschränkt werden.

Die neue Vereinbarung besagt in diesem Punkte: „möglichst sollen die Arbeiten im Solinger Industriegebiet gemacht werden.“ Mit der Bestimmung „möglichst“ haben sich die Fabrikanten in bezug auf die Vergebung aller Arbeiten nach auswärts vollständig freie Hand behalten.

Der Satz:

„Soweit es sich um Spezialarbeiten handelt, in denen auswärtige Industrien einen wesentlichen Vorrang haben“, steht den Fabrikanten ohne weiteres das Recht zu, auswärts arbeiten zu lassen. Wer bestimmt, was Spezialarbeiten sind und nicht? Wer bestimmt, ob in der Unfertigung dieser Spezialarbeiten auswärtige Industrien einen Vorrang haben? Die Bestimmung kann auf alle Fälle so ausgelegt werden, daß es nunmehr den Fabrikanten völlig frei steht, ob sie ihre Arbeiten im Solinger Industriegebiet oder sonstwo ausführen lassen. Wie überaus degnbar diese Bestimmung ist und wie verschiedenartig dieselbe ausgelegt werden kann, werden die Waffenarbeiter schon in kommender Zeit am eigenen Leibe erfahren. Dieser Tage erklärte schon ein Vertreter einer hiesigen Waffenfabrik: „Die Waffenarbeiter werden erst einsehen, was sie gemacht haben, wenn sie mal 5 oder 6 Wochen am arbeiten sind.“ Nach den alten Verträgen waren die Fabrikanten verpflichtet, nur Solinger Arbeiter, und zwar nur Mitglieder des Industriearbeiterverbandes zu beschäftigen.

Nach dem großen „Sieg“ des Industriearbeiterverbandes ist es genau umgekehrt, indem die Waffenarbeiter nur für Solinger Waffenfabrikanten arbeiten dürfen, wohingegen den Fabrikanten in der Praxis Freiheit gelassen ist in der Frage, wo sie Arbeit herstellen lassen.

Von großer Bedeutung für die Solinger Arbeiterbewegung ist das nach den neuen Abmachungen auch Nichtmitglieder des Industriearbeiterverbandes in den drei Hauptberufen der Waffenbranche in Zukunft beschäftigt werden dürfen. Daraus ist die Monopolstellung des Industriearbeiterverbandes endgültig beseitigt.

Im Zukunft kann sich jeder Waffenarbeiter seiner religiösen und nationalen Gesinnung entsprechend organisieren. Als die Führer der Zentralverbände im Interesse der Waffenarbeiter die Beseitigung der Monopolstellung des Industriearbeiterverbandes forderten und statt dessen bestimmt werden sollte, daß in Zukunft nur organisierte Waffenarbeiter beschäftigt werden dürften, wurden sie von den Industriearbeiterverbandsführern als Arbeiterverräter bezeichnet. Heute hat der Industriearbeiterverband selbst die Möglichkeit offen gelassen, daß Unorganisierte beschäftigt werden können.

Der Siegesrausch der Industriearbeiterverbandsführer ist jedoch in Wirklichkeit nicht weit her. Hätte man sonst notwendig gehabt, so sorgfältig darüber zu wachen, daß von den Abmachungen nicht eher etwas in die Öffentlichkeit kam, bis die Mitglieder des Industriearbeiterverbandes von den Führern geneigt eingestuft waren und den Abmachungen zugestimmt hatten?

Wie in Kreisen des Industriearbeiterverbandes heute die Abmachungen eingeschätzt werden, geht wohl am deutlichsten daraus hervor, daß in einigen Betrieben kaum nach Friedensschluß der Streik wieder ausbrach.

Eine Erscheinung beim Abschluß dieses Kampfes verdient noch festgehalten zu werden. Es ist dies die widerspruchsvolle Behandlung des Ausgangs des Kampfes im sozialdemokratischen Lager. Die sozialdemokratische Parteipresse sagt zum „Friedensvertrag von Solingen“, nachdem die Einigungsbedingungen bekannt gegeben sind:

„Durch die Annahme dieser Vorschläge, die einen nahezu vollen Sieg der kämpfenden Waffenarbeiter bedeuten, ist die drohende Generalaussperrung in Solingen vermieden worden und der Kampf in der Waffenbranche nach zwanzigwöchiger Dauer beendet. Die Forderung auf Zahlung der Kriegskosten durch die Fabrikantenvereine wurde fallen gelassen, da die Arbeiter an dieser Forderung die Verhandlungen nicht scheitern lassen wollten.“

(Wolfsbüchse, Crefeld Nr. 168 — 21. Juli 1914.) In einem Bericht der Solinger Zeitung (Nr. 169) heißt es mit Bezug auf eine Versammlung des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Herr H a p p, der erste Bevollmächtigte des Deutschen Metallarbeiterverbandes, habe ausgeführt: „Die Friedensbedingungen sind in allen Hauptforderungen eine glatte Niederlage, die Waffenarbeiter haben nicht nur nichts erreicht, sondern alles verloren.“

Das Letztere ist zutreffend. Der Industriearbeiterverband ist zur Ohnmacht verurteilt.

In Zukunft brauchen die vereinigten Fabrikantenverbände bei jeder passenden Gelegenheit nur mit einer Aussperrung zu drohen und der Industriearbeiterverband klappt zusammen. Diese Vorkammissie werden sich so oft wiederholen, bis die Solinger Arbeiterbewegung eingesehen hat, daß einem zentralorganisierten Unternehmertum eine zentralorganisierte Arbeiterbewegung gegenüber stehen muß.

Allgemeine Rundschau

Die Metzger tun sehr unglücklich

Kürzlich fand in Dömitz ein allgemeines deutsches Fleischerkongreß statt. In seinem dort erstatteten Referat, meinte der Obermeister Falck (Mäns), die im vorigen Jahre veranstaltete Reichs-enquete über die Zustände im Vieh- und Fleischhandel habe zu einem für das Fleischergewerbe günstigen Ergebnis geführt. Es sei festgestellt worden, daß „durch das Fleischergewerbe, wie es heute handwerksmäßig betrieben wird, keine ungewöhnliche Steigerung der Fleischpreise herbeigeführt wird, daß dagegen die Wünsche der Konsumenten bessere Verköstigung finden als bei anderen Versuchen der Fleischversorgung.“ („Kölnische Zeitung“, 25. Juni 1914). Das deutsche Fleischergewerbe, so sagt der Redner weiter, habe sich Dank seiner Organisationen den Anforderungen der Fleischversorgung angepaßt wie in keinem anderen Lande der Welt.

In diese Lobeshymne auf das deutsche Fleischergewerbe werden die Konsumentenmassen keinesfalls einstimmen können. Wenn die amtliche Erhebung über die Zustände im Fleischhandel in diesem Jahre veranstaltet worden wäre, würde das Ergebnis zweifellos ganz anders ausgefallen sein. Die Fleischpreise sind erheblich heruntersunken, die Fleischpreise aber künstlich auf der Höhe der vorjährigen gehalten worden. Die Fleischerbewegung im Landwirtschaftskreis lagert über unrentable Viehzucht, die Fleisch-

händler haben kürzlich auf ihrem Verbandstag in Köln behauptet, daß sie kaum 1 Prozent Gewinn beim Feiltriebhandel hätten und trotzdem müssen die Fleischverbraucher Preise bezahlen, die für die minderbemittelten Volksmassen fast unerschwinglich sind.

Was der Werkbund will?

Auf dem in Köln stattgefundenen Zeichnertage redete Herr Kunstschritsteller Breuer (Berlin) über „Qualitätsarbeit als soziale Entwicklung“.

„Die Werkbundausstellung sei eine Parade des Gedankens, daß Qualitätsarbeit soziale Kultur sei. Leute, von denen man vor wenigen Jahren noch nicht gedacht habe, daß sie sich zu höheren Formen emporschwingen könnten, seien heute bestrebt, Gutes hervorzubringen und der Zeit ihr Recht in der Form zu geben.“

Hirsch-Duncker'sche Terrorisismärchen

Durch die Hirsch-Duncker'sche Presse macht eine Notiz die Runde, betitelt: „Die Christlichen sind nicht besser wie die Aoten“; natürlich druckte der Regulator den Waschzettel ebenfalls ab.

„Schon bei der Fertigstellung des Baues hatte man seitens der Christlichen gemittelt, daß auch zwei Gewerksvereiner, ein Kollege von dem Gewerksverein der Bildhauer und Stuckateure und einer von den Bauhandwerkern von dem Bauunternehmer eingestellt waren.“

von dem Bau verlangen mußte. Notgedrungen und um Frieden zu haben, wurden unsere Kollegen von der Baustelle weggeschickt.“

Gegenüber dieser Schwindelnotiz erklärte die Verwaltungsstelle Duisburg des christlichen Bauarbeiterverbandes im „Echo v. Niederrhein“ (Nr. 167/1914):

1. Daß keinem Mitglied des christlichen Bauarbeiterverbandes, Ortsverwaltung Duisburg, von einer Vertrauensmänner-Sitzung betr. der Arbeitsstelle „Jofessheim“ etwas bekannt ist.

2. Weder der Beamte des christlichen Bauarbeiterverbandes hat an einer solchen Besprechung teilgenommen, noch viel weniger hat er einen Auftrag in der Beziehung erhalten.

3. Verlangen müssen wir, daß man uns den Nachweis erbringt, wann und wo der Beamte des christlichen Bauarbeiterverbandes an den Unternehmer das Ansuchen stellte, die beiden Gewerksvereiner von der Baustelle zu entfernen.

Eine weitere Behauptung des „Regulators“, für den Bau sei in der Kirche kollektiert worden und hätten auch die Gewerksvereiner ihr Scherstein dazu beigetragen, ist ebenfalls nicht wahr.

Gelbe „Jugend-Beschwindelung“

Das gelbe Jugendblatt, welches sich fälschlicherweise „Nationale Arbeiterjugend“ nennt, hat sich bisher recht selten zu einer eigenen Arbeit aufgerafft, sondern sich meist mit dem Abdruck des Textes der „Jugenddeutschlandpost“ begnügt.

Wenn man das liest, weiß man wahrhaftig nicht, ist es Unwissenheit oder Hohn, was aus diesen Zeilen spricht. Warum muß der Arbeiter, wenn er sich den 40er Jahren nähert, hüten, die Stellung zu wechseln, warum muß er, um dem vorzubeugen, sich alles gefallen lassen, wenn sich auch der innerste Mensch dagegen aufbäumt?

Druck ausübt, wie der Luftdruck von außen. Gleichzeitig auch mußte er, daß die Spannkraft des Dampfes durch Abkühlung, etwa mit kaltem Wasser, wieder vernichtet werden kann, wobei sich der Dampf wieder in Wasser verwandelt.

Die Erfindung der Dampfmaschine

Von Th. Wolff-Friedenau.

II.

(Nachdruck verboten.)

Diese erste Konstruktion einer auf der Luftleere bezug. dem Luftdruck beruhenden Kraftmaschine war jedoch noch äußerst mangelhaft. Ihr Hauptfehler bestand darin, daß die Pulvergase nur eine sehr unvollständige Luftleere zu erzeugen vermochten und überdies erhebliche Mengen von Pulverrückständen hinterließen, die den Zylinder allmählich ausfüllten, wodurch die Maschine natürlich vollständig außer Betrieb kam und erst wieder gereinigt und umständlich in neue Bereitschaft gesetzt werden mußte.

Derjenige, dem es gelang, in diesem Bestreben einen Fortschritt von entscheidender Bedeutung herbeizuführen, war der Franzose Denis Papin, Mathematiker und Ingenieur und Mitarbeiter Huygens, zugleich einer der genialsten, leider aber auch am meisten verkannten Köpfe unter den Forschern jener Zeit.

Zu diesem Zweck stellte er eine Maschine, die in Fig. 1 wiedergegeben ist, her; die Maschine bestand aus einem unten geschlossenen Eisenzylinder V, in welchem sich ein Kolben luftdicht auf- und niederbewegen konnte.

Die Funktion der Maschine war nun folgende: Zunächst wurde durch die Öffnung in dem Kolben etwas Wasser in den Zylinder gefüllt und darauf der Kolben so weit niedergedrückt, bis er die Oberfläche des Wassers berührte, worauf die Öffnung in dem Kolben durch die Stange C verschlossen wurde.

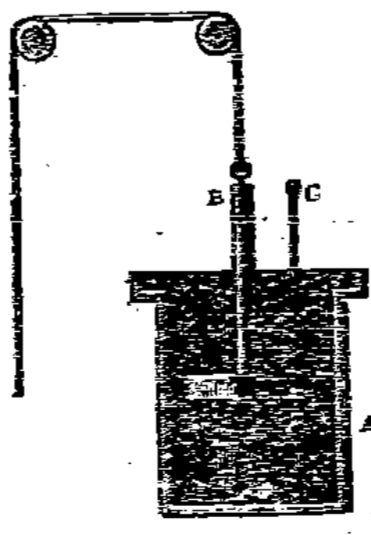


Fig. 1. Papins Maschine.

Die Funktion der Maschine war nun folgende: Zunächst wurde durch die Öffnung in dem Kolben etwas Wasser in den Zylinder gefüllt und darauf der Kolben so weit niedergedrückt, bis er die Oberfläche des Wassers berührte, worauf die Öffnung in dem Kolben durch die Stange C verschlossen wurde.

heit ist, die ihn so schreiben läßt. Meistens haben die gerben Sozialsekretäre wohl Ahnung vom Studenten- und Sommerleutnantsleben aber nicht davon wie es einem Arbeiter zumute ist.

Ungeachtet dieser Gefahr gilt es für unsere Kollegen, auf dem Posten zu sein. Zeigen wir den jungen Kollegen, wie die Verhältnisse tatsächlich liegen. Gar häufig schon haben die Gewerkschaftsblätter markante Fälle veröffentlicht, wie man mit den Alten umspringt; tagtäglich heißt es doch: „Sie sind zu alt“, wer wollte das leugnen?

Streits und Lohnbewegungen

Zur Beachtung. Bei allen Lohnbewegungen ist jede Woche vor Redaktionsschluß ein Bericht, wenn auch nur per Postkarte, über den Stand der Bewegung einzusenden, andernfalls fällt die Warnung vor dem Zugzug fort.

- Altenessen. Bei der Karrosseriefabrik Wehling stehen die Arbeiter im Streik.
Halle a. S. Das Maschinen- und Werkstattpersonal der Firma Döring und Lehmann Akt.-Ges. befindet sich in einer Lohnbewegung.
Krefeld. Die Klempler, Installateure und Kupferschmiede stehen in einer Tarifbewegung.
München. Die Arbeiter der Karrosserie- und Luxuswagenfabriken stehen im Streik.
Schoß Holte. Die Arbeiter der Feilenfabrik Artois stehen im Streik.
Wiesjen. Die Arbeiter der Firma Hamm stehen im Streik.

Zum Tarifabschluß für das Spengler- und Installateurgewerbe in Frankfurt a. M.

Die am 3. Juli beendete Bewegung der Spengler und Installateure in Frankfurt a. M. hat zum Abschluß eines Tarifvertrages mit der Zwangsimmung geführt. Der seit 3 Jahren in Geltung gewesene Vertrag war nur mit dem Verbands der Unternehmer abgeschlossen.

Ein schöner Fortschritt ist in der Lohnfrage zu verzeichnen. Es erhalten: Gesellen im 1. Halbjahr nach der Lehre 40 Pfg. pro Stunde; im zweiten Halbjahre 43 Pfg., 1 Jahr nach beendeter Lehrzeit bis zum 20. Jahr 49 Pfg., ab 1. Januar 52 Pfg.

Spannkraft erlangt hatte, den Kolben in die Höhe trieb. Oben angekommen, wurde der Kolben durch den Riegel zunächst festgehalten, dann durch Aufgießen von kaltem Wasser auf den Zylinder dieser und damit zugleich der in ihm enthaltene Wasserdampf abgekühlt. Hierbei verwandelte sich der Dampf wieder in Wasser, sodaß unter dem Kolben ein luftleerer Raum entstand.

Für Gesellen vom 20. bis 24. Jahre ist der Stundenlohn 59 Pfg., ab 1. Januar 1916 61 Pfg., Gesellen über 24 Jahre erhalten 67 Pfg. pro Stunde, ab 1. Januar 1916 70 Pfg. Alle zur Zeit in Arbeit stehenden, auch Hilfsarbeiter und Angelernte erhalten einen Lohnzuschlag von 3 Pfg. Arbeiter, die durch diese Zulage die Mindestlöhne nicht erreichen, erhalten entsprechend mehr. Für invalide und gefällig zurückgebildete Arbeiter können besondere den Leistungen entsprechende Löhne, vereinbart werden. Bei Vergütungen für auswärtige Arbeiter wird die Hauptpost als Ausgangspunkt angenommen und das Fahrgeld vergütet, wenn die Entfernung mehr als zwei Kilometer beträgt.

Von allgemeinem Interesse ist ferner auch der Paragraph 7. Er sagt, daß „das Zusammenarbeiten mit anders oder nicht organisierten Arbeitern auf ein und derselben Arbeitsstelle nicht beanstandet werden darf.“ ... „Sogliche Agitation während der Arbeitszeit ist auf der Arbeitsstelle verboten.“ Wenn wir darin auch kein Mittel gegen die roten Terrorgeleise erblicken, so ist dadurch immerhin eine Warnungstafel für die Genossen errichtet. Es ist zu begrüßen, daß auch die Meister in den Beratungen hervorhoben, daß Belästigungen anders gesinnter Arbeiter vorgekommen seien. Auch der Vertreter unseres Verbandes konnte nachweisen, daß solche Belästigungen gang und gäbe sind.

Wir hatten zwar nicht die Absicht in der Öffentlichkeit näher darauf einzugehen, aber der „wahrheitsliebende“ Berichterstatter der Frankfurter Volksstimme stellte in Nr. 151, 1914 des Blattes und in der Metallarbeiterzeitung Nr. 30, 1914, Behauptungen auf, die die Kritik geradezu herausfordern. Es heißt da: „Der Vertreter der Christlichen forderte Aufnahme der Bestimmung, weil die frei Organisierten Terror verübten.“ Und weiter heißt es: „Ein Beweis für die Behauptung wurde selbstverständlich nicht erbracht.“

Mit Verlaub! Herr Berichterstatter; sie scheinen wirklich ein sehr kurzes Gedächtnis zu besitzen! Hat nicht der Vertreter der Christlichen seine Ausführungen auf Grund erdrückender Beweismaterialien gemacht? Wurde nicht das Beweismaterial zur Veröffentlichung und Einsichtnahme sowohl den Meistern als auch insbesondere gerade dem wahrheitsliebenden Berichterstatter der Volksstimme und Metallarbeiterzeitung angeboten? Und was ist nicht der Vertreter des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes, der in der Debatte erklärte, daß er zugebe, daß der Kollege vom christlichen Metallarbeiterverbande authentisches Material haben könne? Ist es weiter nicht unumstößliche Tatsache, daß dem Vorsitzenden der Spengler- und Installateurektion des roten Verbandes, dem Genossen Weißner, vom Vertreter der „Christlichen“ Terrorismus vorgehalten wurde, und Genosse Weißner das ruhig einstecken mußte? Sind das alles keine Beweise, Genosse Bernard? Ja, es sind Beweise und zwar solche, die wie Keulenstriche wirkten. Deswegen erfolgte auch die Aufnahme obengenannter Bestimmungen in den Vertrag, trotz des Widerspruchs der Genossen.

Nun einiges zu dem Terrorismusfall, den Genosse Bernard in der Versammlung des sozialdemokratischen Metallarbeiterverbandes den „Christlichen“ vorgeworfen hat. Die Volksstimme (Nr. 151 vom 2. 7.) berichtet darüber: „Dagegen verliest Genosse Bernard einen Fall, aus dem hervorgeht, daß gerade die Christlichen den kräftigsten Terror ausübten, überall dort, wo sie das Uebergewicht haben. Der Fall passierte in Gießen und der Führer der Christlichen sagte es dort offen heraus, da wo die frei Organisierten in der Minderheit sind, müsse diese Organisation vernichtet werden.“

Dazu erklären wir: Solange Genosse Bernard uns nicht den Namen des angebliehen Führers, die Zeit wann die Sache angeblich passierte sein soll und den Namen der christlichen Organisation angeben kann, können wir seinen Behauptungen absolut keine Glaubwürdigkeit zumessen.

Wir verstehen ja, wenn versucht wird, aus möglichst entfernten Ecken Fälle zusammenzukonstruieren, um den unangenehmen Eindruck des Beweismaterials der „Christlichen“ zu verwischen. Warum aber hat Herr Bernard diesen Fall nicht erwähnt bei den gemeinsamen Beratungen, als ihm unser Beweismaterial aus Frankfurt selbst angeboten wurde? Warum hat er da keinen Gegenbeweis geführt?

Eine weitere Behauptung der Volksstimme und des Genossen Bernard bedarf ebenfalls der Erwiderung. Es wird da wieder fälschlich behauptet, daß bei der Bewegung nur 8 Christliche in Frage kämen. Hiermit begründete man auch die Weigerung der Genossen, den gemeinsamen Abschluß und die gemeinsame Unterzeichnung des Tarifs. Diese Angaben der Genossen entsprechen nicht den Tatsachen; bei den Verhandlungen haben wir die Sache wiederholt richtig gestellt. Die Volksstimme und ihr Berichterstatter unterschlagen das. Das ist zwar nicht ethisch, aber sozialdemokratisch.

Bedauerlich allerdings ist, daß die Meister von ihrem zuerst eingenommenen Standpunkt, einen gemeinsamen Abschluß und gemeinsame Unterzeichnung des Tarifs durch alle Organisationen herbeizuführen, in der entscheidenden Stunde Abstand nahmen.

Somit muß anerkannt werden, daß die Bestrebungen der Genossen in letzter Stunde die christlichen Spengler- und Installateure überhaupt vom Vertragsverhältnis auszuschalten, vereitelt wurde. Hatte man doch in der besagten Versammlung der sozialdemokratischen Spengler und Installateure den traurigen Mut, den Mitgliedern des Gefellenausschusses durch Abstimmung zu verbieten den Tarifvertrag des christlichen Metallarbeiterverbandes zu unterzeichnen! Und das trotzdem man in den gemeinsamen Verhandlungen die Erklärung abgegeben hatte, der Gefellenausschuß sei der Vertreter aller Gesellen, und werde den Tarifvertrag des christlichen Metallarbeiterverbandes mitunterzeichnen. Ein Beispiel mehr, wie der „freie“ Metallarbeiterverband sich den gesetzlich paritätischen Gefellenausschuß denkt und ein Beweis, was man von Erklärungen der Genossen zu halten hat, selbst wenn sie in bindender Form abgegeben werden! So war es denn nicht verwunderlich, daß die Feststellung des Tarifes an uns erst am 14. Juli erfolgen konnte, nachdem er am 3. Juli bereits in Kraft getreten und am Tage vorher von den Organisationsvertretern unterzeichnet war.

Die Spenglerbewegung war auch in anderen Beziehungen hochinteressant und verdient dieses nicht der Vergessenheit anheimzufallen. In den Versammlungen während der Bewegung entrüstete die sozialdemokratischen Organisationen sich sehr über eine Versammlungseinladung des christlichen Metallarbeiterverbandes, in welcher vom sozialdemokratischen Metallarbeiterverband die Rede war. Auch gegenüber dem Beamten unseres Verbandes glaubte man den Entrüsteten spielen zu können. Was aber passierte in der Schlußversammlung, in der der Tarif angenommen werden sollte? Auf allen Plätzen lagen Probenummern der sozialdemokratischen Frankfurter Volksstimme mit Stellzetteln und Beitrittserklärung zum sozialdemokratischen Verein. Und damit ja kein Zweifel an der „ächten Neutralität“ des „freien“ Metallarbeiterverbandes aufkommen konnte, durfte auch die Auf-

forderung zum Beitritt und Abonnement gerade von jenen nicht fehlen, die einige Tage vorher, den Entrüsteten vor derselben Masse spielen konnten. Ein weiterer Beweis, was man den gläubigen Schafen des sozialdemokratischen Verbandes alles bieten kann. Nun ja die Genossen kennen ihre Leute. Uns aber sollen sie in Zukunft mit derartiger Heuchelei vom Halse bleiben. Den christlichen Metallarbeitern im allgemeinen und unseren christlichen Spenglern und Installateuren im besonderen aber muß die abgeschlossene Bewegung und ihre Begleiterscheinungen eine ernste Mahnung sein, den christlichen Metallarbeiterverband durch restlosen Beitritt demart zu stärken, daß auch in der roten Hochburg Frankfurt wir uns durchsetzen und den Bestrebungen der Sozialdemokratie auf Monopolisierung der Betriebe mit aller Entschiedenheit entgegenzutreten.

Zur Tarifbewegung im Dortmunder Klemperergewerbe

Selt dem erstmalig im Jahre 1907 erfolgten Tarifabschluß für das Dortmunder Klemperer- und Installationsgewerbe, hat der sozialdemokratische Metallarbeiterverband immer wieder versucht die christlich organisierten Arbeiter und ihre Organisation bei der Tarifverneuerung auszuschalten; allerdings ohne Erfolg. Im Jahre 1913 vereitelte der sozialdemokratische Metallarbeiterverband durch seine ablehnende Haltung eine Tarifverneuerung.

Am 31. März dieses Jahres lief der Vertrag ohne Kündigung ab. Der sozialdemokratische Metallarbeiterverband hintertrieb es wiederum, die Bewegung gemeinsam zu führen. Aus diesem Grunde reichte der christliche Metallarbeiterverband die Forderungen der Arbeiter für sich ein. Die Verhandlungen mußten getrennt geführt werden. Als die Arbeitgeber im Verlaufe der Verhandlungen antraten, diese mit beiden Organisationen gemeinsam zu führen, erklärten die Vertreter des Deutschen Metallarbeiterverbandes sich hierzu unter keinen Umständen bereit, mit der Begründung: „Die Christlichen können machen was sie wollen.“ Auch den Vorschlag, die Schlichtungskommission entsprechend dem Stärkeverhältnis der beiden Organisationen gemeinsam aufzusuchen, wies die Sozialdemokraten ganz entschieden zurück.

Nach mehrmonatlichen Verhandlungen schloß der christliche Metallarbeiterverband einen neuen Vertrag mit den Arbeitgebern ab, der den Gehältern namhafte Verbesserungen bringt. Die Mindestlöhne wurden um 3 bis 8 Pfennig erhöht; der Mindestlohn für selbständige Gehilfen stieg sofort mit dem Tarifabschluß von 54 auf 62 Pfg. Gehilfen, welche diese Löhne bereits bezogen, erhalten während der Tarifdauer eine Zulage von 4 Pfg. pro Stunde. Außerdem wurde folgende neue Bestimmung in den Vertrag aufgenommen: „Gehilfen, welche bei einem Dortmunder Meister 1/2 Jahr in Stellung waren, erhalten bei einem Stellenwechsel nicht unter dem Lohn, den sie zuvor bei dem Dortmunder Meister erhalten haben.“ Außerdem wurden folgende Verbesserungen erzielt: Für Überstunden 25 Prozent Zuschlag (bisher 10 Proz.) für dringende Kundschaftsarbeit 75 Proz. (bisher 50 Proz.). Die Montagezulage wurde für verheiratete Gehilfen von 2,50 M. auf 2,75 M. erhöht; als Zuschläge zum Stundenlohn werden bezahlt: für Klosettreinigen 75 Pfg. (bisher 50 Pfg.); für Kanalrohrreinigen 2 M. (bisher 1 Mark).

Nachdem diese weitgehenden Zugeständnisse gemacht worden waren, wäre es unverantwortlich gewesen, wegen einiger nicht erfüllter Forderungen oder wegen 1-2 Pfg. weiterer Löhnerhöhung einen wochenlangen Kampf zu führen. Es war anzunehmen, daß auch der Deutsche Metallarbeiterverband dem neuen Vertrag zustimmen würde.

Wider Erwarten trifft dies nicht zu. Man erklärte den Arbeitgebern: „Es könne ihnen (den Sozialdemokraten) nicht zugemutet werden, einen Vertrag abzuschließen, der auch bereits mit der Christlichen abgeschlossen sei.“ Die sozialdemokratisch organisierten Klemperer und Installateure traten am 21. Juli in den Streik. Jetzt verlangte der sozialdemokratische Verband von den Mitgliedern des christlichen Metallarbeiterverbandes, mit denen man früher nichts zu tun haben wollte, sie sollten Tarifbruch üben und ebenfalls die Arbeit niederlegen.

Für die christlichen Arbeiter kann selbstverständlich ein Streik bei den Firmen, die den Vertrag anerkannt haben, nicht in Frage kommen. Wenn die sozialdemokratische Organisation bei dieser Bewegung eine Niederlage erleidet, so hat sie sich diese selber zuzuschreiben; ihr Vorgehen ist unverantwortlich. Was man sich von dieser Seite gekümmert hat, kommt einem Arbeiterverrat gleich, was einseitige Arbeiter entsprechend zu werten müssen werden.

Haspel. Der Streik bei der Fittingsfabrik C. O. Ackermann u. Co. ist beendet. Nach 17wöchentlichem Kampf ist es am 24. Juli zur Beilegung des Streiks gekommen. Die Firma hat zugestimmt die schlechten Preise aufzuheben; sämtliche Former wurden wieder eingestellt. Zwar wollte man letztere Bedingung anfänglich nicht erfüllen, indes lehrten es die Former ab, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn irgend welche Maßregelungen erfolgen sollten. — Manche beachtenswerte Momente hat diese Bewegung gezeigt.

Weil C. O. Ackermann eine Neueinrichtung geschaffen hatte, welche den hydraulisch betriebenen Formmaschinen mehr Druck gab, wurde eine erhebliche Reduzierung der Akkordpreise angekündigt. Bis zu 30 Prozent reduzierte man den Akkord an einzelnen Positionen. Selbstverständlich wurden die Former, die bei den früheren Preisen schon alles aufbieten mußten, um einen anständigen Verdienst zu erzielen, erregt, als sie von der Absicht der Firma hörten.

Versuche, auf friedlichem Wege mit der Firma auszukommen, schlugen fehl. Einige Positionen, die kaum in Frage kamen, wurden aufgegeben, die Mehrzahl ließ man so wie angedroht. Am 25. März traten nun die Former in Streik. Ein fluchwürdiges Vergehen: Es dachte wohl die Firma, denn bis dahin hatten sich doch die Arbeiter alles ruhig gefallen lassen. War mal etwas Unruhe in Betriebe so warf man die „Rädelsführer“ hinaus und es war Ruhe. Diesmal kam es anders. Fast geschlossen streikten die Former. Alle Versuche, die Arbeiter ängstlich zu machen, waren zwecklos. So wurde z. B. anfänglich Tag für Tag die Polizei mobil gemacht, um das Streikpostenflehen zu verbieten. Doch die Behörde mußte sich klar machen lassen, daß die Arbeiter nichts ungeheißliches taten, wenn sie arbeitswillige fernzuhalten versuchten. Nun fanden sich trotzdem noch allerhand Rausreißer. Waren es auf der einen Seite solche Elemente, die erst zum Streik heßen und dann im geeigneten Moment zurückzutreten, so waren es auf der anderen Seite auch solche, die mit Forttrieb dort ihr trauriges Gewerbe betreiben, wo ihre Arbeitsbrüder im Kampf um ihre Rechte stehen. Ackermann hat nun auch diese Sorte näher kennen gelernt. Dreißt und frech erjähren einige von den Rausreißern während den Verhandlungen der streikenden Arbeiter mit der Firma auf dem Büro, um „Vorschuß“ vom Betriebsleiter zu erhalten. Nur mit Mühe ließen sie sich vertragen. Einer meinte ganz stolz: „nun bedenken Sie doch, wir haben die ganze Zeit geholfen.“ Na, die

Firma hat genug von diesen Herrschaften. Zwar wurden die Schrotthaufen von Tag zu Tag größer, doch es wuchsen auch die Ansprüche der Rausreißer. Kaum waren einige Mark verdient und schon wurde Vorschuß verlangt, um das Kostgeld bezahlen zu können. Wirklich f. s. Marken, diese Arbeitswilligen. Hätte die Firma eher eingesehen, daß es besser ist, mit ehrlichen Arbeitern einen Ausgleich zu suchen, so hätte sie besser dabei gefahren. Indes hielt man unbeugsam daran fest: nur ja nicht verhandeln.

Das Gewerbegericht war angerufen. Vergebens! Der Bürgermeister wurde um seine Vermittlung angegangen. Auch unfonkt! Nachdem endlich die Herren Arbeitswilligen im Betriebe immer ärger hausten mochte der Firma doch zum Bewußtsein kommen, daß mit organisierten Arbeitern doch weit besser geschafft werden kann, wie mit jenen Elementen.

Hoffen wir, daß der Friede dauernd ist. Mögen vor allen Dingen die Former allerorts daran denken, daß auch heute noch genau wie früher Geschlossenheit die erste Vorbedingung für gute, wirtschaftliche Verhältnisse darstellt. Erneut sei deshalb an alle Former und Diebstahlarbeiter die Parole gerichtet: Hinein in den christlichen Metallarbeiterverband.

Bekanntmachungen des Vorstandes

Da die Beiträge immer für die kommende Woche im voraus zahlbar sind, so ist für Sonntag, den 2. August der zweitausenddreißigste Wochenbeitrag für die Zeit vom 2.—6. August fällig.

Die graue Zähkarte

Zur Reichs-Arbeitslosenstatistik für den Monat Juli ist allen Verwaltungsstellen zugestellt worden. Sollte sie irgendwo nicht eingetroffen sein, ist dies sofort der Hauptverwaltung mitzutellen, damit noch rechtzeitig eine Ersatzkarte gesandt werden kann. Die Zähkarte ist spätestens am Montag, den 3. August an die Hauptverwaltung einzusenden.

Die Vierteljahresabrechnung

Für das II. Vierteljahr soll bis spätestens Ende Juli eingeschickt werden. Da zur Zeit noch eine Anzahl Verwaltungsstellen damit ausstehen, wird an die rechtzeitige Einsendung erinnert.

Aus dem Verbandsgebiet

Witting. Unsere Ortsgruppe hielt am Sonntag, den 19. Juli eine außerordentliche Generalversammlung ab, an der auch Kollege Boshach-München teilnahm. Kollege Trä, der schon seit vielen Jahren den verantwortungsvollen Posten eines Vorsitzenden inne hatte, legte seine Stelle wegen seines Berufswechsels nieder. Kollege Boshach dankte im Namen der Bezirksleitung für die Opfer und die Mühe, welche der Vorsitzende im Laufe der Jahre auf sich genommen. Hierauf schritt man zur Wahl eines neuen Vorsitzenden und Kollege Seebach wurde mit großer Majorität gewählt. Der neue Vorsitzende dankte den Kollegen für das Vertrauen, das sie ihm bewiesen und forderte die Kollegen auf, treu und fest zum Verbands zu stehen und ihn in seiner neuen Stelle als Vorsitzenden tatkräftig zu unterstützen.

Darauf hielt Kollege Boshach ein Referat über das Thema: „Gegenwärtige Strömungen in der Sozialpolitik“. Er wies darauf hin, daß die reaktionären Kreise sich alle verbunden hätten, um gegen das Koalitionsrecht Sturm zu laufen und einen Stillstand in der Sozialpolitik herbeizuführen. Gegen diese Bestrebungen müßten alle Arbeiter entschiedenen Front machen, denn für sie handelt es sich hierbei um die höchsten Güter, die sie besitzen. Nur wenn die Arbeiterschaft in den Organisationen zusammengeschlossen sei, wäre es möglich, diesem Ansturm der Schatzmacher standzuhalten. Mit Recht forderte deshalb Kollege Boshach, unermüdet in der Agitation zu wirken und keine Gelegenheit vorübergehen zu lassen, für den Verband zu werben. Besonders in der Hausagitation müsse jeder seinen Mann stellen, durch eifrige Kleinarbeit könne der Verband am besten gestärkt werden.

In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß in den letzten Wochen unsere Ortsgruppe durch die Agitation einen guten Schritt vorwärts getan hat. Damit hat sie bewiesen, daß auch hier die Werbetätigkeit nicht ohne Erfolg bleibt. Jetzt heißt es aber, nicht mit den Erfolgen sich zufrieden geben, sondern die Agitation noch weiter zu betreiben. Über hundert Kollegen sind in unserer Ortsgruppe noch zu gewinnen. Und diese müssen gewonnen werden. Zum Schluß ernannte der Vorsitzende die Kollegen, eifrig an die Arbeit zu gehen. Jeder sei ein Agitator für unsern Verband.

Jinnentrop (Weiß). Die Kritik fordert die Zustände heraus, die auf dem hiesigen Feinblechmalzwerk der Firma Wolf, Metter und Jakob zu verzeichnen sind. Auf diesem Werke sind vier Walzenstraßen vorhanden zu denen insgesamt 12 Walzen mit je sechs Mann Besetzung gehören. Die Bezeichnung der sechs Arbeiter ist Walzenmeister, erster Wärmer, zweiter Wärmer, Schrauber, Schnapper, und Wipper. Der Verdienst ist nicht gleichmäßig. Der Walzenmeister verdient 8-10 Mark, der erste Wärmer 6-8 Mk.; der Schrauber 5,50-7,50 Mk.; der Dackermann 5-7 Mark; der Schnapper 4,50-5 Mk. und der Wipper 3,50-4,50 Mark pro Schicht.

Dieser große Verdienstunterschied, erzeugt ein Antreibesystem, ohne das Vorgesetzte hierzu die Hand zu bieten brauchen. In der Arbeitsordnung sind die gesetzlich vorgeschriebenen Pausen von zwei Stunden vorgesehen, eine Stunde soll auf Frühstück und Vesper und eine Stunde auf die Mittagszeit entfallen. In Wirklichkeit kann jedoch von einer Pause nicht geredet werden, weil keine Pause innegehalten wird.

Geht man den Ursachen dieser Erscheinung nach, so ist die vorhandene Preisdrückerei in Verbindung mit den enormen Verdienstunterschieden der Grund der Arbeitszeitverlängerung. Frühstück, Mittag und Vesper wird während der Arbeitszeit häufig verschluckt und so ergibt sich eine Arbeitszeit von 11-11 1/2 Stunden, der obige Verdienst zu Grunde liegen. Da diese Zustände auch auf anderen Werken herrschen, können die Unternehmer der Regierung erklären, daß die Arbeiterschaft gar keine Pausen macht, und je länger je lieber arbeite. Man würde auch abends noch länger arbeiten, wenn man nicht durch die Wechselgeschicht vom Werk vertrieben würde.

Wie die Bezirksleitung die einheimische Arbeiterschaft einflößt, ergibt sich aus der Tatsache, daß man den „Berklern“ einen Schichtlohn von 4,20 M. festsetzt, während die einheimische Arbeiterschaft nur 3,80 M. erhält. Lassen es die „Berklern“ recht gemächlich angehen, so versucht der einheimische Arbeiter durch doppelten Fleiß für erstere die Arbeit mit zu verrichten. Durch einen weiteren Zugzug von „Berklern“ fürchtet man die „einzigste“ Verdienstmöglichkeit zu verlieren. So hat der Arbeitgeber drei Essen im Feuer.

In Getränken in diesen heißen Tagen wird der Arbeiter nicht einmal abgekochtes erkaltes Wasser geboten. Kaffee, Milch oder Mineralwasser ist nicht vorhanden, trotzdem diese Getränke mit wertigen Auslagen durch das Werk herbeigeführt werden könnten.

Eine Wascheinrichtung ist vorhanden. Sieben Waschtöpfe für etwa 200 Arbeiter für jede Schicht. Die Mehrzahl der Kräne geben kein Wasser mehr. Auch eine Baderanstalt mit sechs Bädern und zwei Wannen ist vorhanden.

Was sind die Ursachen aller dieser Uebelstände? Es fehlt diesen Leuten das Ständebewußtsein und das Vertrauen in die eigene Kraft. Sie haben noch nicht die Notwendigkeit des Zusammenschlusses im christlichen Metallarbeiterverbande erkannt.

Vom Schwarzwald (St. Georgen). Der herrlich gelegene Hirzwald, einer der schönsten Punkte auf den Höhen des Schwarzwaldes, war das Ziel einer Fußwanderung der Kollegen von St. Georgen am Sonntag, den 19. Juli.

die Triberger Arbeiterschaft in ihren Existenzverhältnissen in mancher Beziehung noch zurück. Aber gerade die, welche am meisten klagen und denen die Beiträge zu hoch sind, sind oft die ersten bei den Vergütungen, die im Jahre mehr als das Doppelte des Gewerkschaftsbetrages kosten.

Die Arbeiter: (folgen die Namen zweier Arbeiter) welche erstere trotz wiederholter Mahnung jeden Tag ca. 1/2 Stunde zu spät zur Arbeit erschien und letzterer wegen fortgesetztem Blaumachen, wurden heute von mir entlassen.

ren sprechende Beispiele dafür — daß man Arbeiter in unwahrer Weise verdächtigt hat. Da lief der Arbeiter von Arbeitsstelle zu Arbeitsstelle. Auf Grund der modernen Industrieförderung — der schwarzen Elite — fand er aber nirgend Arbeit.

Soziales Soziale Wahlen

Bei der Wahl zum Versicherungsamt in Eisenach wurden 2 christlich-nationale und 4 sozialdemokratische Vertreter gewählt. Für das Versicherungsamt in Bingen stellten die christlich-nationalen Arbeiter 4 und die sozialdemokratischen 2 Beisitzer.

Sterbetafel

Niederreienberg. Am 28. April starb unser lieber Kollege Heinrich Ujinger nach schwerer Krankheit im Alter von 40 Jahren. Frankfurt a. M.-Schwanheim. Am 17. Juli starb unser treuer Kollege Peter Anton Berg an Magenkrebs.

Veranstaltungs-Kalender

- Kollegen und Kolleginnen! Versammelt ohne Grund keine Versammlung! Samstag, den 1. August. Bielefelder Ortsverwaltung. Abends 8,30 Uhr im Rath. Gefellenhause, Heegerstraße 2 Generalversammlung.

- Donnerstag, den 6. August. Dortmund. Abends 8,30 Uhr im goldenen Löwen, Vertrauensmännerversammlung. Freitag, den 7. August. Dortmund-Herde. Abends 8,15 Uhr bei Stolze, Chauffeurstr. Gageborn.

Herren-Garderoben erhalten Sie sehr preiswert vom Garderoben-Verwandhaus b. Spielmann München, Dachauerstraße 4.

Ganz vorzüglich und speziell für kurze Pfeifen sind die berühmten Sorten Knirps-Krüll Nr. 25 1/2 Pfd. 25 Nr. 30 1/2 Pfd. 30/2

Prima Rucksäcke per Pfd. 1,20 Mk. Darfswahl. Speck, v. Pfd. 85 Pfg. Mettwurst, hart, Brehwurst, Leberwurst v. Pfd. 70 Pfg.